

General-Anzeiger

Elberfeld

Hauptgeschäftsstelle u. Schriftleitung B. Mathemaustr. 50
Fernsprecher Nr. 7000-7007. •••••

für Elberfeld-Barmen

(Allgemeine Zeitung für Berg und Markt — Bergische Nachrichten)

Barmen

Hauptgeschäftsstelle und Schriftleitung Renerweg 57
•••• Fernsprecher Nr. 714 und Nr. 4997 ••••

Beilagen: Die Wochenschau — Das Technische Blatt — Westdeutsche Sport-Zeitung — Für unsere Frauen — Haus, Hof und Garten.

Einziges Montags-Sportblatt im Bergischen Lande.

Nummer 5.

Montag den 31. Januar 1927

3. Jahrgang.

Die Bahnen in Thüringen.

Drabübericht
unserer Berliner Schriftleitung.

Berlin, 20. Januar. Vorläufiges Ergebnis der Thüringer Landtagswahlen von 11.900 lfr.: Einheitsliste (Zentrum, Nationale, Deutsche Volkspartei, Zentrum, Nationalsozialisten, Wirtschaftspartei) 34.566, Nationalsozialisten 10.794, Volksliste 4.117, Spärrer 12.883, Demokraten 15.486, Sozialdemokraten 118.974, Kommunisten 76.755, Kommunistische Arbeitsgemeinschaft 1568.

Berlin, 30. Januar. Von den Thüringer Landtagswahlen liegt folgendes vorläufiges Gesamtergebnis vor: Einheitsliste (Deutschnationale, Deutsche Volkspartei, Zentrum, Landbau) 270 625 Stimmen, Wirtschaftspartei 15 500 Stimmen, Nationalsozialisten 29 918 Stimmen, Eichen, Wölfsche 9137 Stimmen, Später 23 156, Demokraten 26 531 Stimmen, Sozialdemokraten 28 827 Stimmen, Kommunisten 113 470 Stimmen, kommunistische Arbeitsgemeinschaft 3575 Stimmen. Zum Vergleich seien folgende Zahlen der Landtagswahl vom 10. Februar 1924 angeführt: Thüringer Ordnungsbund 291 949 Stimmen mit 35 Eichen, Sozialdemokraten 233 388 Stimmen mit 17 Eichen, Kommunisten 161 905 Stimmen mit 13 Eichen, vereinte Wölfsche 81 600 Stimmen mit 7 Eichen, Unabhängige 6798 ohne Eiche, freier Wirtschaftsbund 1454 Stimmen ohne Eiche. Reichstagswahl vom 7. Dezember 1924 (Vergleichszahlen): Einheitsliste (Deutschnationale, Deutsche Volkspartei, Landbau, Zentrum) 333 500 Stimmen, Wirtschaftspartei 43 000 Stimmen, Nationalsozialisten 44 556 Stimmen, Kommunisten 108 000 Stimmen, Sozialdemokraten 250 000 Stimmen, Demokraten 43 000 Stimmen.

Give Mebe Girliefers.

Eigener Drahtbericht

Volkswohlhabradminister Orlitzier sprach heute abend in einer sehr hart besetzten öffentlichen Versammlung des Zentrums. Zu Anfang seiner Rede nahm er Stellung zu der Regierungsfrage und verteidigte den Standpunkt des Zentrums, das diesmal mit den Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei zusammen die Regierung gebildet habe. Das Centrum wolle eben nicht die Interessen einer bestimmten Partei wahrnehmen, sondern eine Volkspartei sein. Dann verbreitete sich der Minister über eine der wichtigsten Aufgaben seines Ministeriums, nämlich über das Wohnungs- und Siedlungswesen. Er wies zunächst darauf hin, daß vor dem Kriege die Wohnungsfrage weit vom Interessenhaupunkt aus behandelt worden sei. In die Industriestädte, besonders des Westens, seien insofern des Einflusses der Industrie ungeheure Menschenmassen gekommen. Um diesen Leuten besonders die Heimstätte wiederzugeben, müßte auch für diese genügende Gelegenheit geschaffen werden. Der Minister führte weiter aus, daß nach der Stabilisierung die Realquellen, die man früher zu Wohnungsbanken benutzte, verhäuslicht seien. Jetzt seien auf dem freien Kapitalmarkt wieder Hypothekengelder für erste Hypotheken zu bekommen, während Gelder für zweite Hypotheken durch die Hauskassenscheine gedeckt würden. In den nächsten fünf Jahren müßte insgesamt eine Million Wohnungen in Preußen gebaut werden, und für jede Wohnung brauche man 5000 Mark aus der Hauskassenscheine. Ohne diese Steuer könne überhaupt nicht gebaut werden. Durch diese Steuer solle nicht nur der Wohnungsnot, sondern überhaupt das Wohnungsleiden gelindert werden. Die Wohnungsnot könnte nur durch Wohnungsneubau bekämpft werden. Der Minister wandte sich hierauf den Wirkungen der Verordnung über die Ertragssteuer gewerblichen Raumes zu. Diese Verordnung würde trotz vielfachen Widerspruch nicht aufgehoben, aber die Erfahrungen, die man in dieser Hinsicht gemacht habe, würden dazu führen, daß man bei der gänzlichen Aufhebung der Wohnungszwangswirtschaft sehr vortheilhaft sein müßte.

Coolidge über Finanz- und Abrüstungsfragen.

Drahtbericht.

2. Washington, 30. Januar. In einer Aussprache auf der Konferenz der Botschaftere zur Besprechung des Budgets äußerte sich Coolidge eingehend über die finanzielle und militärische Lage des Landes. Unter deutlicher Bezugnahme auf den im Kongreß in Gang befindlichen Kampf gegen den von ihm befürworteten Bau von drei

Vor der Entscheidung.

Eigener Drahtbericht.

Paris, 30. Januar. Nachdem der Abgesandte der Reichsregierung Dr. Claudius mit neuen Instruktionen in Paris angekommen, fand vormittags 10 Uhr unter dem Vorsitz des Marschalls Foch eine erneute Sitzung des Versailler Komitees statt. Die deutschen Delegierten, General von Pawelski, Oberst Michaelis und Geheimrat Forker, setzten das Versailler Komitee von der Antwort des Reichskabinetts in Kenntnis, die sich auf die Forderungen der Verkörperungen von Befehlungen Königsbergs bezogen. Die Sitzung zog sich bis 12 Uhr 36 Minuten hin, und es wurden, heisst es in dem amtlichen Bericht, ernsthafte Fortschritte erzielt. Die Reichsregierung hat sich damit einverstanden erklärt, dass eine Anzahl von Befehlungen gerichtet werden sollen. Trotzdem bleiben noch Schwierigkeiten offen, und ein endgültiges Ergebnis wurde deshalb heute nicht erzielt, weil das Versailler Komitee die Antwort der

Reichsregierung noch nicht für genügend hält. Die deutschen Delegierten werden deshalb heute nochmals nach Berlin berufen, und das Versäfler Komitee wird sich morgen vormittag auf einer neuen Sitzung ver sammeln. Gleichzeitig ist die Vorkonferenz für morgen vormittag auf genommen worden. Wenn morgen, wie es in dem Genfer Protokoll vom 12. Dezember heißt, eine freundschaftliche Lösung zwischen dem Komitee hoch und den deutschen Vertretern erreicht wird, so wird die Vorkonferenz unmittelbar darauf erklären können, daß Deutschland die im Versäfler Vertrag enthaltenen militärischen Verpflichtungen vollkommen erfüllt hat. Man rechnet eventuell damit, daß die Verhandlungen des Versäfler Komitees bzw. der Vorkonferenz den ganzen morgigen Tag, vielleicht auch noch den Abend ausfüllen werden.

Die britischen Zugeständnisse an China.

Drahtbericht

W. London, 30. Januar. In einer Rede in Birmingham erklärte heute abend Staatssekretär des Äußern, Chamberlain, über die Lage in China u. a. folgendes:

Im Fernen Osten sind die Engländer jedenfalls eine Nation von Kräften und wünschen nichts, als ihre Tüden offen zu halten und in guten Beziehungen mit ihren Kunden zu leben. Wir sind und nicht weniger als die patriotischen Nationalisten klar darüber, daß die alten Verträge nicht mehr zeitgemäß sind und wir wünschen unsere Beziehungen zu China auf eine neue Grundlage zu stellen, die der gegenwärtigen Zeit entspricht. Wir hoffen, daß es möglich sein würde, hierüber mit einem unter einer Zentralregierung geeinten China zu verhandeln. Eine solche Regierung gibt es gegenwärtig nicht, aber die Forderung nach Revision der Verträge ist so dringend geworden und ist im Grunde so vernünftig, daß wir suchen müssen, über diese Veränderungen mit den beiden miteinander streitenden Regierungen mitten im Wirrwarr des Bürgerkrieges zu verhandeln. Die wichtigsten Dinge, die die Chinesen an dem alten Vertragsystem geändert zu sein wünschen, sind: erstens, die Territorialität, auf Grund deren Ausländer nur von ihren eigenen Gerichtshöfen und nach ihren eigenen Gesetzen abgeurteilt werden können; zweitens, die Tariffbestimmungen, auf Grund deren China seine Abgaben auf ausländische Güter erheben darf; und drittens, die nahezu unabhängige Stellung der Konzessionsgebiete. Wir sind bereit, in allen diesen Punkten Änderungen vorzunehmen; denn das gegenwärtige System ist veraltet, dem gegenwärtigen Zustand nicht mehr entsprechend und bietet nicht länger Schutz für unsere Kaufleute. Vor zwei Tagen ist von unserem Vertreter den chinesischen Behörden sowohl im Norden wie im Süden ein Vorschlag ausgestellt worden, in dem die britische Regierung sich bereit erklärt, die modernen chinesischen Gerichtshöfe (ohne Einschluss eines britischen Beamten) als kompetente Gerichtshöfe für Streitfälle anzuerkennen, die von britischen Klägern anhängig gemacht werden. Die britische Regierung erklärt sich auch bereit, in britischen Gerichtshöfen in China die bestehenden modernen chinesischen Zivil- und Handelsgesetze zur Anwendung zu bringen. Wir werden noch weitergehen, sobald die chinesischen Gesetzgeber und die chinesische Rechtspraxis so weit sind. Was die chinesischen Steuern betrifft, so wollen wir zusehen, daß britische Untertanen zur Bezahlung der regelmäßigen chinesischen Steuern herangezogen werden, wobei es aber seine unerschießliche Behandlung britischer Staatsangehöriger oder Güter geben darf. Dies würde Steuern einschließen, die nach einem

solches Gesetz verhängt worden ist. Soweit unter Wille in Frage kommt, ist das letzte Entscheidnis gegen volle Tarifautonomie befällt. Was die Konzeptionsgebiete betrifft, so sind wir bereit, örtliche Vereinarbinnen auf Grundlage der besonderen Verhältnisse in jedem Falle abschließen. Die Verwaltung wurde entweder mit dem benachbarten Gebiete unter gemeinsamer Kontrolle verknüpfen werden, oder es wurde irgendeine andere Methode zu suchen sein, um die Verwaltung den Chinesen zu übertragen, wobei der britischen Gemeinde eine Stimme in Gemeindegangelegenheiten gesichert werden müßte. Im Jahre 1925 habe ich erklärt, wir würden China auf halbem Wege entgegenkommen. Sie werden sehen, daß wir in diesem Programm noch weitergehen wollen als bis zur Hälfte des Weges, aber ich bin sicher, daß es noch mehr sein muß, dies zu tun.

recht und vernünftige Lage. Im weiteren Verlauf seiner Ausführungen sagte Chamberlain, die britische Regierung sei auch bereit, in britischen Gerichtshöfen in China die bestehenden modernen chinesischen Zivil- und Handelsgesetzbücher in Anwendung zu bringen. Großbritannien werde noch weiter gehen, sobald die chinesischen Gesetzbücher und die chinesische Rechtspraxis dies gestatten. Im gegenwärtigen Augenblick könne es seinen neuen Vertrag geben, denn ein solcher könne nur unterzeichnet und ratifiziert werden, wenn eine anerkannte Regierung vorhanden sei. Infolge des Bürgerkrieges sei Großbritannien nicht in der Lage, irgendeine Regierung in China als die Regierung des ganzen Landes anzuerkennen. Er fügte hinzu: Wir können die Kantongregierung nicht als Regierung eines Teils von China anerkennen, denn das würde bedeuten, daß wir die Teilung Chinas anerkennen, und jeder Chinese würde uns dies verübeln. Wir können die Behauptung der Kantongregierung, sie sei die einzige Regierung Chinas, nicht als richtig anerkennen, da es den Tatsachen nicht entspricht. Kantong befehligt kaum den dritten Teil Chinas, sowohl nach der Bevölkerung, als auch nach dem Gebiet. Ich beziehe auf bezügliche den Wunsch des nationalistischen Rührers des Ruhrs nach Verhandlungen und erwidere ihm, damit Verträge, und andere Fragen auf der Grundlage wirtschaftlicher Gleichheit und gegenseitiger Achtung vor der politischen und territorialen Souveränität der anderen Seite geregelt werden.

Chamberlain schloß mit der erneuten Versicherung, daß man Verständniß für die Wünsche des chinesischen Nationalismus und für die vernünftigen Grundas Chinass, „China für die Chinesen“, habe. Er drückte die Hoffnung aus, daß die Chinesen die christlichen Verträge durch die zwischen Nationen üblichen Mittel der Verhandlungen und Vereinbarungen erörtern würden. Er hoffe endlich, daß kein neuer Zwischenefall vorkommen werde, der die Aussicht auf eine friedliche Regelung vereitle.

Kreuzern erklärte Goolidge, er sei nun als Oberbefehlshaber von Heer und Marine seiner Verantwortung in der Frage der militärischen Vereinheitlichung des Landes bewußt. Er betonte, die Vereinigten Staaten als solche seien ein Anhänger des Friedens. Wir sollten, so erklärte er, nicht nur Handlungen unterlassen, die als Angriff auf Neutralität ausgedeutet werden könnten.

ren, sondern wir müßten im Gegentheile aus-
streichungen machen, um einen solchen Wettbe-
werb für immer zu beseitigen. Wir können und
dürfen unsere eigenen Interessen in dieser Hin-
sicht von den Interessen der Gesamtheit der übr-
igen Nationen nicht loslösen. Eher wird es am
besten im Interesse aller sein, wenn das Geld,
ankant zu unproduktiven Speculationen verwendet zu

werden, der öffentlichen Wohlfahrt zugute kam.
Nachdem Coolidge darauf hingewiesen hatte,
dass die Regierung die öffentliche Schuld von
weniger als 10 Milliarden vermindert habe und
jetzt dem Schuldentilgungsplan um über zwei
Milliarden voraus sei, fuhr er fort: Die öffent-
liche Schuld steht in direktem Zusammenhang mit
der Frage der militärischen Vereinfachung. In dem
Maße, in dem wir unsere öffentliche Schuld herab-
setzen und die großen Zinsentlastungen beseitigen,
verstärken wir unsere militärische Vereinfachung
und verringern zugleich die Löhne der Bevölke-
rung. Unter allen großen Nationen der Welt be-
finden wir uns wahrscheinlich in der glücklichen
Finanzlage. Aber abgesehen von den viel wichti-
geren Gründen sollten wir schon jetzt dem finan-
ziellen Standpunkt aus jede Handlung vermei-
den, die unter Umständen als militärisch ge-
achtet werden könnte. Es gibt bei uns Leute,
die eine Politik befürworten, durch die wir als
militärisch erscheinen würden. Andererseits gibt es
Leute, die sich in einem Gefühl absoluter Sicher-
heit einer Selbstauflösung hingeben und einen
extremen Sozialismus predigen. Leute, die für
den Bestand unseres Friedens und unserer
Wohlfahrt hinderlich sind. Was wir für unseren
nationalen Schutz brauchen, ist lediglich eine an-
gemessene Vereinfachung. Das entspricht unserer
traditionellen Handlung gegenüber allen Na-
tionen. Es liegt darin keine Annäherung und

Die Schlußfolgerung.

eigener Drahtbericht.

Paris, 30. Januar. Das Komitee doch hat heute vormittag von 10 bis 12 1/2 Uhr gelangt und die Unterredungen mit den deutschen Delegierten über die Königsberger Verhandlungen fortgesetzt. Die deutschen Delegierten erklären, daß sie noch keinerlei endgültige Beschlüsse ihrer Regierung erhalten hätten, so daß diese Unterredung noch keinerlei endgültiges Ergebnis haben konnte. Eine Sitzung für Montag vormittag einkeruliert worden. — Die Delegiertenkonferenz wird sich ebenfalls Montag vormittag ver sammeln, um auf alle Fälle das Abkommen über das Kriegsgesetz zu ratifizieren. Sollte das Komitee doch die darin noch zu seiner Einigung gelangt sein, so wird die Delegiertenkonferenz sich Montag nachmittag wieder ver sammeln. Man will auf alle Fälle das Möglichste tun, um nur noch vor Mitternacht zu einem Ende zu gelangen.

Der Frankfurter Mörder festgenommen.

Eigener Drahtbereich

Frankfurt a. M., 30. Januar. Der Mörder des Juweliere Grebenau, der vorigen Sonntag in seinem Geschäft an der Kaiserstraße ermordet und darauf aufgehängt wurde, wurde in der Person des 46 Jahre alten Wundärzters Friedrich Schultheis aus Wiesbaden bei Bad Nauheim ermittelt und festgenommen. Der Täter hat noch kein Geständnis abgelegt, doch ist das Vernehmsmaterial gegen ihn derart erdrückend, daß an seiner Täterschaft absolut kein Zweifel mehr vorhanden ist. In der Wohnung des Schultheis fand man noch die blutbesetzten Kleider. Der Mörder hat sich durch einen Brief verraten, den er am Mittags vor der Tat unter fingierem Namen an Grebenau geschrieben hatte und den man am Tatort fand. Auf eine besondere Anzeige hin, in der man auf Schultheis als den mutmaßlichen Täter hinwies, wurden sofort Schriftproben zwischen dem Brief und anderen Briefen, die der Mörder geschrieben hatte, vorgenommen. Sie ergaben völlige Übereinkimmung der Handschrift. Die Annahme, daß der junge 21 Jahre alte Sohn als Mittäter in Frage kommen könne, trifft nicht zu. Der junge Mann wurde nach kurzen Verhör wieder entlassen. Der Mörder ist bereits wegen vielerlei Einbrüche, besonders in Juwelierväden, mit insgesamt zwölf Jahren Zuchthaus verurteilt und befindet sich in dringender Geldnot.

Die Opfer des Sturmes in Schottland.

Drabberide.

London, 23. Januar. Die letzten Meldungen aus Nord-England und Irland besagen, daß 20 Tote und 300 Verletzte als Opfer eines Sturmes in der vergangenen Nacht zu Klagen sind. 146 Telefon- und Telegraphenleitungen sind unterbrochen. Im Kanal herrscht gleichfalls ein harter Sturm. Zahlreiche Schiffe liegen in den Häfen. Von den 18 Telefonlinien London-Paris sind heute unterbrochen.

